

Brünings Mussolini-Berordnung!

Ein Drittel Schließung in der Arbeitslosenversicherung / Verstärkte Knebelung der kommunistischen Presse / Sondergerichte, Schußhaft, Schließung von Büros, Helmen und Versammlungsstätten der revolutionären Arbeiterchaft

Berlin, 5. Oktober (Eig. Bericht)

Die neue große Notverordnung, die mit Zustimmung der SPD-Führer heute abend erlassen werden wird, bringt, wie aus einer Veröffentlichung des Berliner Tageblattes hervorgeht, neue ungeheuerliche Attentate gegen die Lebenshaltung und die letzten kümmerlichsten Reste der persönlichen Freiheit der Werktätigen. Der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung erhält die Vollmacht, anzuordnen, daß die Arbeitslosenunterstützung bis zu einem Drittel in Schließungen gewährt werden kann.

Ferner bringt sie, wie wir bereits mitteilten, Bestimmungen über die Einziehung von Sondergerichten gegen die revolutionären Arbeiter und die Möglichkeit zur Verhängung von verschärfter Schußhaft gegen Funktionäre der revolutionären Arbeiterbewegung.

Die Verbotsbestimmungen über die Presse werden erneut verschärft. Vor allem dadurch, daß jetzt auch die Erschließung von Druckmaschinen verhindert werden kann. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre werden Verbreiter illegaler Druckmaschinen bedroht.

Am besten wird der politische Inhalt der neuen faschistischen Diktaturverordnung gekennzeichnet durch die Bestimmungen über

Die Schließung von Sammelstätten staatsgefährlicher Beteiligung

Die Länderregierungen und ihre Polizei erhalten dadurch Generalvollmacht zur Schließung der Versammlungslokale, Helme und Büros der Organisationen der revolutionären Arbeiterchaft und damit zur systematischen Vorbereitung des Verbotes der kommunistischen Partei und aller proletarischen Kampforganisationen.

So ist die neue Notverordnung ein entscheidender Schritt zur weiteren offeneren Faschisierung Deutschlands.

Je weniger die Kapitalisten imstande sind, dem werktätigen Volke Arbeitsmöglichkeit und Brot zu beschaffen, um so mehr werden die politischen Unterdrückungsmaßnahmen verschärft. Weil die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie nicht mehr imstande ist, zu verhindern, daß sich die Arbeiter mit der Waffe des Streiks gegen den Lohnabbau zur Wehr setzen, deshalb werden jetzt Sondergerichte geschaffen, deshalb soll die Schußhaft wieder eingeführt werden. Deshalb sollen die kämpfenden Arbeiter ihrer Sammelstätten beraubt werden.

Die Antwort aller Werktätigen in Stadt und Land auf die faschistische Diktaturverordnung muß ein Massenstreik der Empörung in allen Betrieben, Kontoren, Gewerkschaften und die Mobilisierung zum Kampf für das Rote Selbsthilfeprogramm sein.

24stündiger Proteststreik im Delsnitzer Steinkohlenrevier

Delsnitz (Eigs.), 5. Oktober.

In einer von etwa 500 Bergarbeitern besuchten Versammlung wurde eine Entschliessung angenommen, in der härtester Protest eingelegt wurde gegen die mit Wirkung vom 8. Oktober 1931 beschlossene Lohnsenkung um 7 Prozent. Gleichzeitig wurde beschlossen, am Montag, Dienstag in einen 24stündigen Proteststreik einzutreten.

Die Delsnitzer Kumpels waren, als die Bergarbeiter an der Ruhr, in Schlesien und Oberhessen streikten, nicht in den Kampf getreten. Heute erkennen sie, daß der Schlag der Arbeiter am der Ruhr ein Schlag gegen alle Bergarbeiter war. Ihr Beschluß zeigt, daß sich nicht willens sind, den Lohnabbau hinzunehmen. Mit der Durchführung des Streiks wird ihr Kampf nicht abgeschlossen sein. Der Proteststreik muß sein der Auftakt zur Aufrüstung aller Kumpels und der Vorbereitung und Organisation neuer Kämpfe.

Die „linken“ Afa-Führer in der Brüningsfront

Leipzig, 5. Oktober. (Eig. Bericht)

Am Montag wurde in Leipzig der 4. Afa-Kongress eröffnet, der ein schlechter Mißklang des Afa-Kongresses in Frankfurt ist. Eröffnet wurde der Kongress durch eine Rede des „linken“ SPD-Rebbers Kufhäuser, ausgehend von der er marxistischen, falschen Einschätzung der gegenwärtigen Lage pagletierte er die berühmte Larmowische Lohntheorie, daß der Kapitalismus gedeihen könne, ohne daß der Angehörige und Arbeiter arm zu bleiben brauche.

Nach Kufhäusers Eröffnungsrede folgten zahlreiche Begrüßungsansprachen, u. a. sprachen Regierungsvorretter, Genossin Belpart in Frankfurt dankt Kufhäuser am Schluß der Begrüßungsansprachen dem Regierungsvorretter und verspricht, daß die Afa-Bürokratie auch in Zukunft hinter der Brüningsregierung stehen wird.

Einen ausführlichen Bericht über den ersten Verhandlungstag veröffentlichen wir morgen in einer besonderen Beilage.

Masseneintritte in die SPD

In Wilspe (Bez. Rheinland-Westfalen) sprach in einer Versammlung am 2. Oktober Genosse Deitinghaus. In der außerordentlich stark besuchten Versammlung wurden 59 Parteianmeldungen, 9 für den Kampfbund gegen den Faschismus gemacht. Darunter sind zahlreiche SPD-Mitglieder. Ein SPD-Arbeiter, der 13 Jahre lang Mitglied und Funktionär der SPD war, erklärte in der Diskussion seinen Uebertritt.

In Gwelsberg (Rheinland) sind am 2. Oktober mehrere 34 parteilose und sozialdemokratische Arbeiter in die SPD eingetreten.

Mieterstreik in Meerane

Meerane, 5. Oktober. (Eig. Bericht)

Die Mieter der Gemeinnützigen Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH, Meerane, haben nach ergebnislosen Verhandlungen über Senkung der Mieten beschlossen, die Mietzahlung zu sperren. Die Siedlungsgesellschaft hat eine provokatorische Erklärung veröffentlicht, in der sie droht, gegen die Mieter auf dem Rechtsweg vorzugehen.

SAP-Führer wollen:

„Ueberlaufen zur KPD verhindern!“

Die Konferenz der zentralistischen Spalter und Bankrotteure

Am Sonntag fand, wie wir schon kurz berichteten, in Berlin die Gründungskonferenz der Seydewitz-Rosenfeld-Sumpspartei statt. Kein anderer als Seydewitz selbst hat in seinem Referat auf dieser Konferenz — allerdings ungewollt — die schändliche Rolle, die er seiner „Partei“ zugebrocht hat, bestätigt.

„Hätten ich und Rosenfeld nachgegeben, so wären die Mitglieder zur KPD übergelaufen und im November wären ich und Rosenfeld ohne Anhang dagestanden.“

Zwischen den üblichen radikalen Worten und den Beteuerungen, daß sie die Partei nicht spalten wollten, wechselte eine in-fame Hehe gegen die kommunistische Partei. Noch bevor die Sumpspartei ins Leben gerufen ist, muß Seydewitz aber gestehen, daß ein großer Teil seiner bisherigen Anhänger seine Betrugsmanöver nicht mitmachen werden. Festgehalten muß noch werden, was Seydewitz zur Grundlage der Partei sagt:

„Mit wünschlichen Mitteln der Demokratie die Interessen des Proletariats zu wahren, sind aber bereit, zur Diktatur zu greifen, wenn es notwendig ist.“

Treffender konnte er die Grundlosigkeit der Sumpspartei nicht kennzeichnen. Zum Schluß seiner Rede legte er noch in überflüssiger Weise ein Bekenntnis zu den Lohnabbau-gewerkschaften ab und hegte in einer Art gegen die KPD, die jedem Wels-Mann Ehre gemacht hätte.

Aus dem Referat Ecksteins ist bemerkenswert, daß er auf den Zwischenruf: „Welche Internationale kommt für den Anschluß in Frage?“ antwortete: „Das hängt ab von den Ereignissen der nächsten Tage.“ In Wirklichkeit aber führen die Rosenfeld, Seydewitz und Eckstein bereits Verhandlungen mit der bankrotten 2. Internationale.

Kommunistenheute um jeden Preis war die Lösung aller Referenten, und so hat auch Hegler, der über die Gewerkschaften sprach, über die KPD hergezogen und wörtlich gesagt, daß man

„die Kommunisten schon längst hätte aus den Gewerkschaften herauswerfen sollen“.

Bei den Abstimmungen über das Programm wurde von verschiedener Seite verlangt, daß der Satz hinzukommt: „Wir sind für die Errichtung der proletarischen Diktatur.“ Darauf entgegnete Rosenfeld:

„Das ist undenkbar, dann trennt uns nichts mehr von der KPD.“

Bei der Abstimmung über die verschiedenen Entwürfe zum Programm der neuen Partei, zur Gründung des „Sozialistischen Schußbundes“ und zu den Statuten stellte Rosenfeld entgegen den Tatsachen einstimmige Annahme fest, obwohl eine Anzahl Delegierte dagegen gestimmt und der übergroße Teil sich der Stimme enthalten hat. Delegierten, von denen man befürchtete, daß sie für den Anschluß an die kommunistische Partei sprechen wollten, wurde das Wort nicht gegeben.

Am Montag veranstalteten die Seydewitz im Reichstag

einen Presseempfang. Wie schon am Sonntag, so wurde auch am Montag die kommunistische Presse, die Vertreter des kommunistischen Pressebüros und der roten Fahne nicht zugelassen. Seydewitz und Rosenfeld lächelten die proletarische Öffentlichkeit und haben auch allen Grund dazu.

Das Klassenbewußte Proletariat sammelt sich nicht um die bankrotten Zentralkonferenzen, sondern um die rote Fahne der kommunistischen Partei und der kommunistischen Internationale!

SPD-Bezirkstagsmitglied kommt zur KPD

In Chemnitz sprach am 2. Oktober Genossin Torhorst in einer überfüllten Versammlung. Der SPD-Bosse Böschel war eingeladen, die sozialdemokratische Politik zu verteidigen. Er erschien nicht.

In der Diskussion erklärte das Bezirkstagsmitglied, der Angestellte Hofmann, der seit 1919 in der SPD wichtige Funktionen bekleidete, seinen Uebertritt zur KPD. Außer ihm traten noch acht parteilose Arbeiter der kommunistischen Partei bei.

Inflationschieber kommandiert Nazis

Berlin, 5. Oktober. (Eig. Bericht)

Die deutschnationale und nationalsozialistische Reichstagsfraktion wird in den nächsten Tagen in einem Ort des Harzes eine gemeinsame Konferenz abhalten. Es besteht der Plan, die schon bisher bestandene Arbeitsgemeinschaft noch enger zu gestalten und eine feste Abmachung zu treffen, daß beide Parteien im Reichstag nur gleichlautende Anträge einbringen dürfen und daß sie auch bei den Abstimmungen in derselben Weise abstimmen. Eine Fraktionslösung der Nationalsozialisten am 3. Oktober hat diesen Plan der engeren Arbeitsgemeinschaft bereits gebilligt.

Dieser Plan bedeutet, daß in Wirklichkeit der Schwerindustrie Jugenberg darüber bestimmt, wie die nationalsozialistische Abgeordneten abstimmen haben. Zweifellos haben die großkapitalistischen Geldgeber der Nazi-Partei eine solche enger Arbeitsgemeinschaft verlangt. Seit mehreren Monaten haben ja die Nazi-Führer immer offener die Brüningpolitik unterstützt.

In zahlreichen Fragen werden die Nazi-Führer sich jetzt anders zeigen müssen.

Die Führer einer angeblichen Arbeiterpartei, die sich vom Großkapital finanzieren lassen und die sich dem Kommando der Schwerindustriellen Jugenberg unterstellt haben, werden in den Augen des werktätigen Volkes immer mehr entlarvt werden.

Neuer Vorstoß der sächsischen Unternehmer

Dresden, 5. Oktober.

In einer gemeinsamen Rundgebung haben die Spitzenverbände der sächsischen Unternehmer der Industrie, des Groß- und Einzelhandels und des Handwerks eine Entschliessung gefaßt, in der die Entlastung von Steuern, Verbilligung von Rohstoffen, steuerlichen Ausgleich und bewegliche Löhne fordern. Der neue Vorstoß der sächsischen Industriebarone, in deren Interesse es auch notleidende Handwerker und Kleinwerbetreibende zu machen lassen, liegt ganz in der Linie des Telegramms, das die sächsischen Ausbeuter am Sonntag an die Brüningregierung richteten haben.

Ramp'fonarek der werktätigen Bauern

In Neumünster (Schleswig-Holstein) tagte am Sonntag eine von 50 werktätigen Bauern aus Nordwestdeutschland besuchte Konferenz der deutschen Reichsbauernkongressbewegung. Zahlreiche bäuerliche Vertreter berichteten über erfolgreiche gemeinsame Aktionen der Bauern und Arbeiter und protestierten gegen die Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung gegen die Bauernkongressbewegung. Besonders begrüßt wurden die Vertreter der bäuerlichen revolutionären Bauern, mit denen ein Kampfbündnis geschlossen wurde. Eine Entschliessung richtete sich gegen die weitere Einkerbung des zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilten Bauernrebellen Klaus Selm.

Neues in Kürze

Wie aus Berlin gemeldet wird, soll der Reichsaußenminister Curtius zurücktreten und das Kabinett Brüning nach rechts erweitert werden.

Zwischen Plamen und Wallonen kam es in Boffelt zu blutigen Zusammenstößen, bei denen belgische Fahnen von den Plamen heruntergeholt und verbrannt wurden. 17 Personen trugen Verletzungen davon.

Nach einer sowjetrussischen Meldung aus Charkow fanden zwischen Japan und dem Führer der weißgardistischen Truppen General Semjonow, Besprechungen über Bildung von weißgardistischen Truppen zur Besetzung der Mandchurei statt.

GW — eine Filiale der Wels-Brüning

Erklärung des BK der KPD zur Parteigründung der Rosenfeld-Seydewitz

Zu der Gründung der „Sozialistischen Arbeiterpartei“ durch Rosenfeld und Seydewitz erklärt das Zentralkomitee der kommunistischen Partei:

Diese Parteigründung erfolgte nach der eigenen Erklärung des Abgeordneten Seydewitz auf der Reichskonferenz der SPD, um die sozialdemokratischen Arbeiter, die in immer stärkerem Gegensatz und Widerspruch zur Politik der SPD geraten, die zu Tausenden die SPD verlassen und in die kommunistische Partei einzutreten, von ihrem Uebergang zur kommunistischen Partei zurückzuhalten. Trotz aller Erklärungen Rosenfelds und Seydewitz, daß sie Gegner der Politik der Sozialdemokratischen Partei seien und die Einigung der Arbeiterbewegung wollten, steht schon heute fest, daß ihre Parteigründung nur eine Filiale der Sozialdemokratischen Partei, eine Hilfsagentur der Wels und Brüning unter einem anderen Namen ist, die die Herstellung der Einheit der Arbeiterbewegung nicht fördert, sondern hemmt, und die durch die sozialdemokratischen Führer erzeugte Spaltung der Arbeiterbewegung zu vertiefen versucht. Die Partei Rosenfelds und Seydewitz, die stets den Charakter einer Spaltengruppe haben wird, ist der Versuch, die verschiedenen Spaltengruppen, die als Abfallprodukt des revolutionären Klassenkampfes entstanden sind, auf einer

prinzipienlosen Plattform zu sammeln, zwischen der KPD und der SPD einen zentralistischen „Sumpf“ zu bilden. Sie ist in der Tat eine antibolschewistische Stütztruppe des Finanzkapitals.

Die kommunistische Partei kämpft für die Herstellung der revolutionären Einheit der Arbeiterbewegung, die nur durch den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse um ihre Befreiung von der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung vollzogen werden kann. Die kommunistische Partei wird die zentralistische Parteibildung auf das Schärfste und radikalste bekämpfen, weil sie für die Arbeiterklasse nicht weniger schädlich ist als die offizielle Sozialdemokratische Partei.

Die kommunistische Partei reicht allen sozialdemokratischen Arbeitern, unteren und mittleren Funktionären, die einen ehrlichen Kampf gegen das Brüning-Regierungssystem der Notverordnungen, gegen das System der kapitalistischen Ausplünderung und Unterdrückung wollen, die Hand zum gemeinsamen revolutionären Kampfe. Nur durch diesen gemeinsamen Kampf kann der Kapitalismus, dieser Hauptfeind der Arbeiterklasse, geschlagen und das sozialistische Deutschland errichtet werden.